

Die Wünsche des Gartenbaus.

Der 2. Tag der Grünen Woche.

Berlin, 21. Febr. Im Rahmen der Grünen Woche in Berlin, die außerordentlich viel Interessantes aus dem ganzen Reich nach der Reichshauptstadt geführt hat, fand heute die Wintertagung des Reichsverbandes des deutschen Gartenbaus statt. Ein Vertreter des Reichsernährungsministeriums laute den Gärtnern die Unterstützung der Behörden zu. Danach überbrachte der

Abgeordnete Oble

die Größe der Reichstagsfraktion der Deutschen Nationalen Volkspartei. Er betonte, nur die geschlossene Einheit des Berufsstandes werde ihm die erforderliche Stütze auch gegenüber den Behörden und den gesetzgebenden Körperschaften geben. Der Regierung sei der Vorwurf zu machen, daß sie die Interessen des deutschen Gartenbaus vernachlässigt habe für einen großen Teil der deutschen Industrie, wobei die Industrie nicht einmal einen Vorteil davon gehabt habe. Der Redner mahnte dann zur Herstellung der größten Geschlossenheit.

Gartenbauinspektor Grabben

sprach sodann über die wirtschaftliche Lage im Gartenbau. Wirtschaftliche Aussichten auf Besserung der schlechten Lage des Gartenbaus seien nicht vorhanden. Überall schreite der Rückgang des Gewerbes noch fort. Trotzdem dürfe man die Hoffnung auf eine Besserung nicht aufgeben. Wirtschaftliche Hilfe sei dem Gartenbau von seiner Seite zuteil geworden. Die Einfuhr fremder Gartenbauergüter steige fortwährend. Leider bevorzugten viele Kreise des deutschen Volkes immer noch die ausländischen Erzeugnisse.

Gelinge es nicht, einen wirksamen Zollschutz zu bekommen, dann sei vielleicht der Uebergang zum freien Handel noch besser, allerdings ohne Anschlag der Industrie.

Der Redner wies hin auf die hohe Ernährungs- und volkswirtschaftliche Bedeutung des Gartenbaus, der 30 Prozent aller Nahrungsmittel liefert. Seine Jahresproduktion betrage 2 Milliarden Mark. Der deutsche Gartenbau habe daher ein Recht, im selben Maße wie andere Berufe behandelt und geschützt zu werden. Der Redner forderte die Schaffung von Subventionen zur schnelleren Maschinenverfertigung der Großstädte, nach holländischem Beispiel. Weiter müsse dem Gartenbau der notwendige Anreiz zur Erzeugung von Früchtematerial unter Glas verschafft werden, um der Auslandskonkurrenz wirksam entgegenzutreten zu können. Verbesserung der Produktion durch sparsame Wirtschaft und Verwendung von Maschinen sei erforderlich.

Weitere Vorträge behandelten gartenbautechnische Fragen.

Tagung der Preussischen Landwirtschaftskammer.

Berlin, 21. Febr. Der zweite Tag der Hauptversammlung der preussischen Landwirtschaftskammer wurde durch einen Vortrag von Ministerialrat Dr. Wolf (Berlin) über die wichtigsten Fragen der Neuregelung der Weizenunterhaltung einleitet, der die Frage der Gesetzgebung und der Verwaltung und dann die der Finanzierung behandelte. Darauf gelangte ein Bescheid des Verkehrsministeriums einstimmig zur Annahme, wonach in der Finanzierungsfrage vor allem darauf hinzuwirken sei, daß diejenige Wirtschaftskategorie in erheblichem Maße zur Wegeunterhaltung herangezogen werden müßten, deren Verkehr die Straßen in besonders hartem Maße abnutzt. Eine wesentliche Erhöhung der Kraftfahrsteuer erweise sich durchwegs als notwendig und sei unbedingt erforderlich. Einmütig wurde weiter die Fahr- und Lichtsteuer abgelehnt. Eine weitere Entschärfung der schärfsten Entschärfung gegen die Ausdehnung der Hauszinssteuer auf die landwirtschaftlichen Wohngebäude ein. Die Steuer sei für die Landwirtschaft ungerecht und untragbar. Graf Haußmann-Berlin berichtete dann über die Frage der Erwerbslosenfürsorge.

Großhandelsstagung.

Berlin, 21. Febr. Präsidium und Vorstand des Zentralverbandes des deutschen Großhandels traten dieser Tage in einer Sitzung zusammen. In der zu den stehenden Anträgen Stellung genommen wurde. Einmütig wurde das Finanzprogramm des Reichsfinanzministers Dr. Reinhold vom Standpunkt des Großhandels aus erörtert, und bei aller Würdigung der Absichten des Finanzministers mit Bedauern scharf kritisiert, daß die in dem ursprünglichen Programm des Reichsfinanzministers vorzulegende Senkung der die Wirtschaft drückenden Steuerlasten in dem tatsächlich vorzulegenden Plan der Regierung nicht enthalten sei, und insbesondere wie die schärfsten drückenden Einkommen- und Gewerbesteuer in ihrer Belastung des Großhandels unver-

Die preussische Gemeinderatsuntersuchung.

Die Sonnabend-Nachmittagsitzung.

Nächster Zeuge ist der 56jährige Hauptgeschäftsführer der Arbeitgeber-Vereinigung

Dr. Tausler.

Zeuge Dr. Tausler bezeugt: Das Darlehen ist laut unseren Büchern am 13. Juni gezahlt worden. Von der tatsächlichen Ausgabe des Darlehens habe ich erst lange nachher erfahren. Ich wußte nur durch Zeugen von dem Wunsche Maletts um ein Darlehen. Zeugen befürworteten diesen Wunsch des Maletts, dem christlichen Landarbeiterverbande zu helfen. Ich sagte ihm, daß wir nicht grundsätzlich ablehnen sollten. Ich habe aber ausdrücklich gesagt: Wenn der Wunsch perfekt ausgearbeitet wird, werden wir die Sache näher erörtern und es ist vor allem notwendig, daß wir sie mit Herrn von Borstlich durchsprechen. Das ist so dann nicht geschehen. Von dem vorangegangenen Besuch des Abg. Meyer war ich auch nicht unterrichtet worden, und so habe ich die Verantwortung für das Darlehen abgelehnt. Im Dezember, als die Presseangriffe einsetzten, fiel zum ersten Male das Wort „Gemeinderat“ in Verbindung mit dem Darlehen. Ich hatte am 8. Dezember eine Besprechung mit dem Abg. Behrens, wo er mir unter dem Eindruck voller Glaubwürdigkeit geschilbert hat, daß das Darlehen für wirtschaftliche Zwecke einer Organisation des Zentralverbandes verwendet werden ist. Behrens erzählte mir dann unangefordert, daß sich später der Abg. Meyer eingeschoben hätte und ihn bat, ihm den Betrag zur Verfügung zu stellen. Auf Grund welcher Abmachungen Meyer dieses Verlangen stellte, habe ich aus den Worten Behrens nicht deutlich entnehmen können. Ich habe dem Abg. Behrens keine Zweifel gelassen, daß das Darlehen unbedingt zurückgezahlt werden müßte; daß versprochen er auch, und er hat die Sache als absolut einwandfrei bezeichnet und mir freigestellt, sie wegen der Presseangriffe öffentlich darzulegen. Die Rückzahlung ist erfolgt. Der von uns eingesetzte Untersuchungsausschuss führte zu einem Ergebnis, aus dem Herr von Zeugen die Verbindung zwischen dem Wunsch Meyers, das Geld für Schulz zu verwenden, und dem später geäußerten Darlehensgrund Maletts nachgewiesen wurde, oder selbst wenn festgestellt werden könnte, daß die Beteiligten bzw. Herr von Zeugen von der Verwendung des Geldes für Schulz gewußt haben oder hätten wissen müssen, daß es sich um eine solche Verwendung handelt, daß dann die Verantwortung allein auf dem Beteiligten verbleibt und jedenfalls von mir nicht für die Organisation übernommen worden ist. Daher wird die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände auch von diesen Dingen nicht berührt.

Als nächster Zeuge wird Georg von Wakenen vernommen. Er ist Leiter der Pressestelle bei der Arbeitgebervereini-

gung geblieben sein. Ferner wurde festgestellt, daß die Reichsregierung, trotzdem sie die nun seit Monaten entwerdende Anleihe bereits vorgenommen hätte, die Abänderung des Geschäftsausschusses noch nicht über das Stadium der Vorbereitung hinaus gefördert habe. Man war der Meinung, daß die Abänderung des bestehenden Geschäftsausschusses unter Inanspruchnahme aller zur Verfügung stehenden Mittel gefördert werden müsse mit Rücksicht auf die gerade unerträglich gewordenen Verhältnisse. Mit Verwirklichung wurde zur Kenntnis genommen, daß das Handels- und Arohe Teile der Landwirtschaft und des Einzelhandels einseitigen Bewegung zur schnellsten Durchführung des sogenannten Reaktivplans angeschlossen hätten, und es wurde beschlossen, mit der größten Eile diese Bewegung zu einem positiven Abschluß zu bringen.

Die Wirtschaftlichkeit der Reichsbahn.

Erklärungen Dr. Defer.

Berlin, 21. Februar. Der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft, Dr. Defer, gewährte dem Vertreter des „Demokratischen Zeitungsadresses“ eine Unterredung, in der er sich im Zusammenhang mit den letzten Reichstagsverhandlungen über die Wirtschaftlichkeit der Reichsbahn äußerte. Die Reparationslasten, so führte er u. a. aus, seien schwerer und lasten wie ein Alp auf der Entwicklung der Reichsbahn durch die verschiedenartigen Beschlässe des Reichstages sozialer Art und durch Vorkriegsverfahren 280 Millionen Mark weitere Mehrausgaben entständen, die naturgemäß im Finanzgebaren der Reichsbahn eine ausschlaggebende Rolle spielen. Man müsse Klarheit schaffen, ob es so weiter gehen könne, und deshalb müsse die Anrufung des Reichsgerichts allen Einsichtigen verständlich sein. Alle in die in den letzten Reichstagsberatungen eingebrachten Anträge würden bei ihrer Durchführung der Reichsbahn Ausgaben in Höhe von etwa 152 Millionen Mark verursachen, wobei auf Maßnahmen zur Senkung des Personals allein etwa 112 Millionen im Jahr entfallen würden. Die Ausfälle durch Tarifserhöhungen belaufen sich nach vorläufiger Schätzung mindestens auf etwa 10 Millionen Mark, wenn man das Eingehen auf Forderungen gleichartiger Wirtschaftskreise einrechnet. Die Reichsbahn könne Renausgaben nicht aus sich befreien.

Tarifserhöhungen vorzunehmen, sei heute verhängnisvoll für die Wirtschaft.

Der Generaldirektor erklärte, daß die Reichsbahn alles tue, um die Einnahmen zu vermindern. Die Wertlosigkeit habe gute Erfolge gehabt, es sei aber ein wirtschaftlicher Unfug, heute in Deutschland Kosten für die Einrichtung von Konstruktionsverkehr etwa durch Kraftwagen gegen die Reichsbahn aufzuwenden, die im Interesse Deutschlands die Last der Reparationszahlungen trägt. Ein der Hauptvertragspunkte der Reichsbahn war es, den Durchgangsverkehr des Auslandes wieder auf kürzere, durch Deutschland laufende Linien und über deutsche Seebahnen zu ziehen. Nicht dem Auslande zu Gefallen, sondern in deutschem Interesse würden billigere Frachtarife solchen Durchfahrtsverkehr zugunsten, um überhaupt den Verkehr auf deutsche Bahnen zu ziehen, der sonst im Ausland herumlaufen würde. Der deutschen Wirtschaft gleich billige Züge zu gewähren, sei erst möglich, wenn sich die Finanzlage bessere. Hier müsse das Prinzip der Einnahmevermehrung einmal im Vordergrund stehen. Die große Öffentlichkeit müsse allmählich für die Lage der Reichsbahn Verständnis bekommen. Insbesondere liege der Reichsbahn daran, auf einer Verständigung mit den Volkswirtschaftlern in den Parlamenten zu gelangen.

Die Wiederaufnahme des deutschen Luftverkehrs.

Berlin, 21. Febr. Die Wiederaufnahme des deutschen Luftverkehrs, die ursprünglich beabsichtigt für den 1. April dieses Jahres vorgesehen war, ist im Hinblick auf die Karwoche und das Osterfest auf Dienstag, den 4. April, verschoben worden, da während der Feiertage erlaubnisgemäß kaum mit einer Ananspruchnahme des Luftverkehrs zu rechnen ist. Am Berliner Zentralbahnhof des Tempelhofer Feldes ist nunmehr alle organisatorischen und technischen Einzelheiten nach Zusammenlegung der beiden Luftverkehrsabteilungen geregelt sind, eifrig mit den Vorbereitungen für die Wiederaufnahme des Betriebes beschäftigt. Die neue große Fliegenhalle östlich der Hauptkategorie geht ihrer Vollendung entgegen und dürfte im Laufe des kommenden Monats in Gebrauch genommen werden. Anzulegen werden Besetzungseinrichtungen für den zu erwartenden Nachtluftverkehr, und zwar handelt es sich dabei insbesondere um die Anbringung von Orientierungslichtern, sowie um Beleuchtung der jeweiligen Startbahn.

Er sagt aus, aus dienstlicher Tätigkeit heraus habe er von den 5000 Mark Darlehen nichts gehört. Erst im Juni habe Herr von Zeugen ihm gegenüber zum ersten Male davon gesprochen, daß ein solches Darlehen den christlichen Gewerkschaften gegeben sei, und daß die Tatsache ein besseres Verhältnis zwischen den Gewerkschaften herzustellen geeignet sein könnte. In der ganzen Frage könne es sich aber nicht um die Unterfertigung eines Rememors handeln. Zu der Zeit, als die Verhandlungen geführt worden seien, also vom März bis Juni 1925, sei der Name des Herrn Schulz mit Gemeinangelegenheiten überhaupt nicht in Zusammenhang gebracht worden. Ich möchte noch erklären: Als die Presseangriffe Anfang Oktober einsetzten, in denen von „dunklen politischen „Wenden“ als Verwendungszweck des Darlehens die Rede war, hat mir Herr von Zeugen die Sache erzählt, Zeugen habe ihm erklärt: Die 5000 Mark stehen mit der Angelegenheit Schulz in Verbindung.

Darauf wird Kriminalsekretär Falk als Zeuge gehört. Er bezeugt über seinen Auftrag, die Verhaftung des Schulz noch am Abend durchzuführen, folgendes: Ich hatte schon Tage vorher den Auftrag, nach Schulz zu fahnden, nachdem auch Haftantrag vorlag, ihn festzunehmen. In der Ratzenauer Straße hatten wir — es waren noch drei andere Beamte mit — fest, daß Schulz dort seit längerer Zeit sich nicht hatte sehen lassen. Wir gingen dann nach dem Hause Pultenstraße 38, wo sich die Räume der Organisation des Zentralverbandes der Landarbeiter befinden. Von einem Hausbewohner erfuhr wir, daß in einem Zimmer, das zwei Räume hat, eine Person wohnte. Ich postierte daher einen Beamten auf der Hintertreppe. Schließlich kam der Abg. Behrens dazu. Er stellte sich als Reichstagsabgeordneter vor und verbat sich das Eindringen bei Nacht. Wir gingen dann in das Zimmer des Abg. Behrens. Behrens läutete den Polizeipräsidenten oder eine mir sonst vorliegende Stelle an. Was da besprochen wurde, weiß ich nicht. Ich selbst setzte mich dann mit meiner vorgelegten Stelle auf dem Polizeipräsidenten telefonisch in Verbindung und bekam den Auftrag, die Durchsuchung sofort einzustellen und mich bis zum Morgen auf die Observation des Hauses, d. h. auf seine Beobachtung von außen, zu beschränken. Wir haben dann auch das Haus bis zum Morgen beobachtet, so daß es niemand verlassen oder betreten konnte, ohne daß wir es gesehen hätten. Der Zeuge Falk schildert dann weiter, wie er am nächsten Morgen vom Kriminalkommissar Trumm, der dann die Unternehmung leitete, den Auftrag erhielt, ein bestimmtes Zimmer zu durchsuchen. Das habe er auch getan. Vor der Hintertür sei eine Art Sicherheitsklopp gewesen. Die Fenster waren verschlossen. Das Bett nicht benutzt.

Abg. Deersberg (D.N.): Nach wieviel Tagen stellte sich Schulz? — Zeuge: Zwei oder drei Tage später! — Abg. Deersberg (D.N.): Dann muß ich allerdings sagen: Viel Börm um nichts!

Clond George über Südtirol.

London, 21. Febr. Im „Sunday News“ schreibt Clond George über die Südtiroler Frage. Es sei immer schwierig, den wirklichen Charakter solcher nationalgeschichtlichen Fragen festzustellen. Naturgemäß hätten die Urheber des Friedensvertrages im Zweifel die Interessen ihrer Vorfahren entschieden. Das habe zu Fehlern geführt, die jetzt offen ans Tage liegen. Dr. Clond George, der die Beziehungen mit der Tiroler Grenze gewesen, Tirol den Geburtsort seines vollstimmigen Sohnes Andreas Hofer an entziehen und ihn für immer einem anderen Lande zu übergeben, habe zu entschlossener Entschlossenheit und Erbitterung führen müssen, wenn Italien diese Forderungen zu heilen wünsche, müsse es sein Bestes tun, die Empfindlichkeiten der Einwohner des amelierten Gebietes nicht zu verletzen.

Mit Belästigung und Mähanna

werde es ihm vielleicht gelingen, die Einwohner mit dem Gedanken der Restitutions einer strategischen Grenze zu versehen. 80 Millionen Deutsche könnten nicht immer durch irgendwelche noch so beifällige Aussagen eine Rede so eingeschüchtern werden, daß sie die Verteidigung ihrer Rasse binden können. Es sei erfreulich, daß die Krise vorübergegangen sei, hauptsächlich infolge der würdigen Rede Dr. Stresemanns.

Au der Frage der Vermehrung der Mitglieder des Völkerbundesrats

sagt Clond George, wenn Italien sich Frankreich und Polen anschließen bei dem Verzuge, Deutschlands Einfluß im Rate zu neutralisieren, dann werde der Vertrag von Locarno erledigt sein. Dies würde auch den Tod des Dawes-Planes beschleunigen, der sonst erst in ein oder zwei Jahren hätte auskommen können. Aber es sei nicht anzunehmen, daß Mussolini, der der Geschicklichkeit nicht ermangele, sein Land in ständige Feindschaft mit Deutschland bringen und sich zur Unterwerfung der französischen Hegemonie in Europa verpflichten werde. (W. T. W.)

Andreas-Hofer-Tag.

München, 21. Febr. Am Tage der Wiederkehr der Erschießung Andreas Hofers in Mantua hatte der Bund Oberland gemeinsam mit dem Andreas-Hofer-Bund in München eine Kundgebung als Gedenkfest und gegen die kulturelle Bedrückung des Südtirols in Südtirol in den großen Saal des Löwenbräuhauses einberufen, die außerordentlich stark besucht war. Die Hauptredner des Abends, Dr. Schweinhaupt und Professor Dr. Herrlich-Jansbruch, zeichnen ein Bild der kulturellen Not in Deutsch-Südtirol, insbesondere des Kampfes gegen die deutsche Sprache in Kirche, Schule und im Rechtsleben.

Amerikanischer Antrag auf Revision des Versailler Vertrags.

New York, 20. Febr. Der Abgeordnete Berger brachte im Repräsentantenhaus eine Resolution ein, in der es heißt: Der Weltfriede basiert auf tausend Fügen. Präsident Coolidge wird daher ermahnt, eine internationale Konferenz zur Revision des Versailler Friedensvertrages einuberufen. Es gibt noch einige Menschen in den Vereinigten Staaten, die da glauben, der Krieg wurde geführt, um der Welt Demokratie und Freiheit zu sichern und den Militarismus niederzuräumen. Seit dem sogenannten Versailler Frieden übernahm die französische Regierung die Verantwortung für die Fabrikation von Kriegen. Die größte dieser Kriegen ist, daß Deutschland allein den Krieg verschuldete. Der Versailler Vertrag basiert auf dieser unabweisbaren Lüge.

Spanien fehlt seine Bemühungen fort.

Madrid, 21. Febr. Der spanische Außenminister erklärte auf Anfrage, daß Spanien, entgegen einer Panos-Meldung, keinen Beschluß gefaßt habe, gegen die Erteilung eines künftigen Ratschusses an Deutschland zu stimmen. Es bestehe jedoch auf seinem zweifelhaften Recht auf einen künftigen Ratschuss und werde seine Bemühungen um Einräumung eines solchen fortsetzen. Der Artikel 4 des Völkerbundesstatuts müßte eine Änderung erfahren.

Italienische Unterfertigung für einen Ratschuss Polens.

Paris, 21. Febr. Wie dem „Welt Parisien“ aus Rom berichtet wird, hat Mussolini dem polnischen diplomatischen Vertreter die Versicherung gegeben, daß Polen bei seiner Forderung eines künftigen Sitzes im Völkerbundsrat der Unterstützung Italiens sicher sei.

Japanischer Rückzieher.

Paris, 21. Febr. Wie Paris aus Tokio berichtet, hat das Außenministerium entschieden die Behauptung in Rede, daß Japan sich der Erweiterung des Völkerbundsrats widersetzt habe. Die japanische Regierung könne erst in einigen Tagen über ihre Haltung beschließen, da sie gegenwärtig mit innerpolitischen Fragen beschäftigt sei.

Ein Geschenk Finnlands an Sibirien.

Berlin, 20. Febr. Reichspräsident v. Hindenburg empfing heute den Gesandten Finnlands, Dr. Holma, der ihm im Auftrag des Komitees der Weichteile des finnischen Freiheitskampfes die letzten Bände des nunmehr abgeschlossenen Werkes „Der finnische Freiheitskampf“ überreichte.

Berlin, 20. Februar. Reichspräsident v. Hindenburg empfing heute vormittag Gräfin Dr. Elsa Brandström.

Massentodesurteile in Moskau.

Die Sowjetrussische Telegrammagentur meldet aus Moskau: Nach dreiwöchiger Verhandlung verurteilte das Militärkollegium des Obersten Gerichtshofes 19 Angeklagte wegen Militärspionage zugunsten Englands und wegen Vorbereitung von Sprengstoffattentaten auf dem Boden der Sowjetrepublik zum Tode. Insofern waren wegen dieser Verbrechen 48 Personen angeklagt, aus welchen Teil ehemalige zaristische oder jüdisch-Offiziere. Die meisten Angeklagten gaben die ihnen zur Last gelegten Verbrechen zu und machten ersöhnliche Aussagen über die langjährige, systematische Spionage, die sie nach den Weisungen des ehemaligen Generalstabes und des Vertreters des ehemaligen Erkundungsabteiles in Narva, des russischen früheren Hauptmanns Frank, betrieben hätten. Frank habe sie mit der Organisation von Aufständen im Grenzgebiet, der Sprengung verschiedener Gebäude in Petersburg sowie der Wasserleitung, der Luftschiffhallen und des Hauptlagers in Ostasien gegen hohe Bezahlung beauftragt.

Polnisch-litauischer Konflikt.

Warschau, 21. Febr. Polnischen Zeitungen aus Warschau zufolge hat am 19. d. M. mittags eine 50 Mann starke, unter Führung eines Offiziers stehende, vollbewaffnete litauische Militärausstellung ein an der polnisch-litauischen Grenze gelegenes litauisches Landstück, nicht weit von Poddajec, besetzt. Es besteht die Absicht, eine militärische Operation zu unternehmen. (W. T. W.)

Mit einem Schlag

besorgt drückende Kopfschmerzen, Brennen und Tränen der Augen ein richtig angepaßtes Augenglas von

Diplomoptiker

BOHR

Weissenhauptsstr. 15